

Foto: Neues Deutschland



Über 20.000 trugen am 28. März in Berlin symbolisch in einem mit roten Rosen geschmückten schwarzen Sarg den Kapitalismus zu Grabe. Die Politik lasse die „Casino-Mentalität“ der Wirtschaft zu, die Finanzmärkte und Manager würden immer mehr „außer Rand und Band“ geraten, erklärte Gregor Gysi auf der Abschlusskundgebung. Mit Demonstrationen wie dieser könne die Zivilgesellschaft den Widerstand organisieren.

## 115, das kann ins Geld gehen

Da war doch was ... Die Rufnummer 115 gab es schon mal als zentrale Nummer. Zu DDR-Zeiten erreichte man darüber die SMH, die „Schnelle Medizinische Hilfe“. Natürlich kostenlos. Jetzt startete Berlin zusammen mit Hamburg und einigen Städten in NRW mit dem Modellversuch einer bundeseinheitlichen Behörden-Nummer, nämlich der 115. Ein Anruf im Bezirkssamt Treptow-Köpenick, über die 115 ganz einfach. Nur kostenlos ist diese Nummer nicht. Und in einigen Fällen kann sie sogar teuer werden.

Die Idee ist eigentlich gut. Man braucht nicht erst zu prüfen, welche Behörde denn zuständig sein könnte. Egal ob Bezirkssamt, Landes- oder Bundesbehörde. Alles kann unter einer einheitlichen Nummer erreicht werden. Doch die Realität sieht etwas anders aus. Man erreicht erst einmal ein Call-Center. Einfache Fragen werden dort gleich erledigt. In anderen Fällen wird weitervermittelt oder die Telefonnummer genannt, unter der man einen Gesprächspartner erreicht. Doch die 115 kostet Gebühren: 7 Cent je Minute zusätzlich zu den üblichen Telefongebühren. Bei

einem gewöhnlichen Telekom-Anschluss sind das noch einmal 2,7 Cent je Minute, insgesamt also fast 10 Cent. Doch auch wer eine Flatrate hat, und Festnetzanrufe eigentlich nicht mehr gesondert zahlen müsste, bekommt die 7 Cent berechnet. Besonders teuer kann es werden, wenn man per Mobiltelefon anruft. Bis zu 39 Cent je Minute kann der Anruf kosten, und diese Gebühren werden auch schon für die Wartezeit fällig, bis sich jemand meldet. Lässt man sich dann noch verbinden, rattert der Gebührenzähler weiter. Dabei geht es in Berlin billiger. Wenn man nicht die Telefonnummer des jeweiligen Amtes greifbar hat, wählt man einfach die (030) 900. Alle Behörden des Landes Berlin, also auch die Bezirksämter und ihre Verwaltungen, sind unter dieser Nummer erreichbar. Mit Telekom-Anschluss für 2,7 Cent je Minute, bei Flatrate sogar gebührenfrei. Selbst von vielen Mobiltelefonen aus, die einen Festnetz-Flatrate-Tarif haben, ist diese Nummer kostenlos erreichbar. Natürlich auch, wenn man weiterverbunden wird. Also Vorsicht vor der 115!  
Karl Forster

## Für Ethik – Nein zum Wahlzwang

Am Sonntag, 26. April gilt:

Wer nicht will, dass der Vorschlag von Pro Reli angenommen wird, und der obligatorische Ethik-Unterricht für alle entfällt, muss daher:

- Hingehen
- NEIN ankreuzen
- und sich damit **für** das Schulfach Ethik und **für** den freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterricht entscheiden.

Am 26.4. **NEIN** zum Wahlzwang!



### IN DIESER AUSGABE

**Seite 3:** Jugendliche sollen miteinander reden

**Seite 5:** Ernst Engelberg wird 100

**Seite 9:** Europa im Herzen – Ganz persönliche Geschichten

**Das Mai-Blättchen erscheint bereits am Do 30. April**

# Supermärkte in der Kölnischen Vorstadt

SPD erzwingt Beschluss im Schnellverfahren



Die SPD hatte in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beantragt, dass das Bezirksamt ein Bebauungsplanverfahren für zwei Supermärkte, einen Discounter und einen Vollversorger, an der Glienicker Straße Ecke Adlershofer Straße einleiten solle. Im Grunde eine ungewöhnliche Form, da Bebauungspläne zwar von der BVV beschlossen werden, aber vom Bezirksamt selbst eingeleitet werden. Außerdem ist der Chef der zuständigen Ab-

teilung Bezirksstadtrat Rainer Hölmer, selbst Sozialdemokrat. Offenbar lag dem Vorgehen also ein Konflikt zwischen Stadtrat und Fraktion zugrunde.

Die SPD-Fraktion argumentierte, durch die Supermärkte würde dieses Gebiet aufgewertet, in dem bislang ausreichende Einkaufsmöglichkeiten fehlten. Allerdings hatte auch die REWE-Group, die dort bislang einen kleineren Markt betreibt, angekündigt Verkaufsflächen und Sortiment zu erweitern. Letztlich waren die Bezirksverordneten also aufgefordert, den Schiedsrichter im Wettbewerb zwischen verschiedenen Lebensmittelketten zu geben. Die Linksfraktion war zwar bereit, ihr ablehnendes Votum im Stadtplanungsausschuss zu überdenken, aber nur nach einer erneuten Beratung im Ausschuss. Der Überweisungsantrag von Linksfraktion und CDU wurde bei Stimmengleichheit

denkbar knapp abgelehnt. Angeblich weil andernfalls die Kredite des Investors bedroht seien und somit eine Ablehnung durch die „Kalte Küche“ erfolge. Diese Argumentation erinnerte an den Fall des Baumarkts der Hellweg-Kette, der Ende 2008 an der Friedrichshagener Straße in Köpenick neueröffnet worden war. Dieser war unter dem Vorwand, eine genehmigungsfreie Lagerhalle zu bauen, errichtet worden, um dann kurz vor der Eröffnung mittels Bebauungsplan zum Baumarkt umgewidmet zu werden. Die Verordneten hatten im Dezember 2008 in wenigen Tagen einen mehr als 100 Seiten umfassenden Bericht zu prüfen und zu bewerten, wobei der eigentliche Bau bereits existierte und eine Ablehnung Investitionen und Arbeitsplätze riskiert hätte.

Der SPD-Antrag zu den Supermärkten wurde letztlich bei Enthaltung der CDU und gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossen. Es bleibt ein schaler Beigeschmack, wenn hier nach wenigen Monaten bereits das zweite Mal ein Investor mit ein wenig Druck im Schnellverfahren die gewünschte Entscheidung erreicht.

*Philipp Wohlfeil*

## Betreiberwechsel im Seebad Friedrichshagen

Nicht nur das Strandbad Müggelsee erhält in diesem Jahr einen neuen Betreiber, sondern auch das nahegelegene Seebad Friedrichshagen, das bislang unter der Regie der Turngemeinde in Berlin 1848 e.V. (TiB) stand. In einer Ausschreibung der Bäderbetriebe hatte sich der Wirt des Friedrichshagener Bräustübls, Tobias Apelt, gegen den Sportverein durchgesetzt.

Gegen die Stimmen von Linksfraktion und FDP wurde im Februar in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein Antrag der SPD beschlossen, dass sich das Bezirksamt für eine Wiederholung dieser Ausschreibung einsetzen soll. In Friedrichshagen gibt es die Befürchtung, dass der künftige gewerbliche Betreiber die sportlichen und sozialen Belange nicht berücksichtigen wird. Die Linke teilt zwar diese Sorge, der Antrag ist aber nicht hilfreich, da eine Einigung über eine Zusammenarbeit zwischen TiB und Apelt, um die sich Treptow-Köpenicks Bundestagsabgeordneter Gregor Gysi bemüht, noch

möglich ist, und eine Wiederholung wohl nur auf dem Rechtsweg erreicht werden kann.

Im Übrigen ist es schon bemerkenswert, dass die SPD in ihrem Antrag den Sieger einer beabsichtigten erneuten Ausschreibung bereits benennt. Ziel des Antrages sei es nämlich „dass der Sportverein Turngemeinde in Berlin 1848 e.V. auch weiterhin ... eine langfristige Perspektive zum Betrieb des Bades erhält“. Wozu dann eigentlich noch eine Ausschreibung? Insofern suggeriert die SPD in einem handwerklich schlecht gemachten Antrag eine Lösung, die offenkundig keine ist und von den Bäderbetrieben inzwischen auch schon zurückgewiesen worden ist. Die von der Linksfraktion vorgeschlagene Überweisung des Antrags in den Sportausschuss, um eine tatsächliche Lösung zu finden, war in BVV abgelehnt worden. Selbstverständlich kann man in Frage stellen, ob es politisch sinnvoll ist, Bäder, die rechtlich gesehen Sportanlagen sind, überhaupt an gewerbliche Betreiber zu

verpachten. Nur muss eine solche Frage eben grundsätzlich diskutiert werden und nicht im Einzelfall, wenn man vom Ergebnis nicht überzeugt ist. Möglicherweise waren die in der Ausschreibung formulierten Bedingungen zum Betrieb des Bades das Problem. Allerdings ist dann zu klären, weshalb sich Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD), die den Bezirk im Aufsichtsrat der Bäderbetriebe vertritt, nicht durchsetzen konnte.

*Heike Kappel, Philipp Wohlfeil*

### IMPRESSUM

Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.  
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
V.i.S.d.P.: Karl Forster  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!  
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung  
Redaktionsschluss: 24. März 2009  
Ausgabetag „blättchen“ 148: 30. April 2009  
Termine und Texte für „blättchen 149“ bitte bis zum 20. April 2009 an die Redaktion einsenden.



## „Jugendliche sollen miteinander statt übereinander reden“

Gespräch mit Pfarrerin i.R. Friederike Schulze

Am 26. April sind die Bürgerinnen und Bürger erneut an die Abstimmungsurnen für einen Volksentscheid gerufen. Es geht dabei letztlich um die Existenz eines für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtenden Ethikunterrichts. Die Antragsteller des Volksbegehrens werben mit dem Slogan „Freie Wahl“. Doch die „freie Wahl“ hat man jetzt schon. Man kann wählen, ob man den Religionsunterricht besuchen will oder nicht. Doch hinter dem Volksbegehren steckt etwas anderes: Im Ethikunterricht werden unabhängig davon, ob man einer Religionsgemeinschaft angehört oder nicht, auch die Inhalte und Werte anderer Weltanschauungen und Glaubensrichtungen vermittelt. Schließlich soll man sich auch als Katholik etwas mit dem jüdischen Glauben oder dem Islam auskennen, oder als Atheist wissen, für welche Inhalte die Kirchen einstehen. Vor allem aber sollen junge Menschen im gemeinsamen Unterricht entdecken, welche gemeinsamen Werte für den sozialen Zusammenhalt in einer freien und demokratischen Gesellschaft nötig sind. Doch mit der neuen „Wahlfreiheit“ soll man genau dies „abwählen“ können. Junge Menschen sollen getrennt unterrichtet werden – je nachdem, welcher Religionsgemeinschaft oder Weltanschauung sie sich zugehörig fühlen. Manche Medien vermitteln den Eindruck, da stünden Kirchen gegen Atheisten. Aber das ist nicht richtig. In der Initiative „Christen pro Ethik“ setzen sich Christen aus verschiedenen Kirchen für den Erhalt des Ethik-Unterrichts ein. Eine von ihnen aus unserem Stadtbezirk ist die Pfarrerin i. R. Friederike Schulze, zuletzt als Beauftragte für die Aussiedlerarbeit in der Evang. Kirche Berlin-Brandenburg tätig. Mit ihr sprach blättchen-Redakteur Karl Forster.

**Frau Schulze, die beiden großen christlichen Kirchen unterstützen das Volksbegehren und erwecken den Eindruck, dass man als Christ für „ProReli“ sein muss.**

Friederike Schulze: Ja, die Initiatoren des Volksbegehrens werden von den beiden großen Kirchen massiv unterstützt, vor allem ideell bei der Meinungsbildung, aber auch materiell durch die Bereitstellung der kirchlichen Strukturen und durch Finanzen.

Es hat sich aber auch eine Initiative „Christen pro Ethik“ gebildet, katholische und evangelische Gemeindeglieder, Pfarrer und Pfarrfrauen, Katecheten und Ka-

techetinnen, Pädagogen, die sich für das Beibehalten des gemeinsamen Pflichtfaches Ethik für alle Jugendlichen in den Klassen 7 bis 10 einsetzen. Religion soll ebenso wie Lebenskunde freiwillig ab der 1. Klasse gewählt werden können.

**Was ist eigentlich das besondere am Ethik-Unterricht?**

F.S.: In einer multikulturellen und multi-religiösen Stadt wie Berlin sollen die Jugendlichen nicht nur die Religionen und weltanschaulichen Prägungen der anderen kennenlernen, sie sollen miteinander anstatt übereinander reden lernen, Respekt vor anderen Positionen einüben, aber

eben auch Gemeinsamkeiten entdecken. Im christlichen Religionsunterricht, in dem übrigens christliche Religionslehrer auch über andere Religionen informieren und ethische Fragen behandeln, bleiben Gleichgesinnte unter sich. Das ist gewiss für Kinder und Jugendliche auch wichtig, genauso wichtig aber ist die Verständigung mit anderen auf gleicher Augenhöhe. Kritiker des Ethikunterrichtes sagen oft, dass das Lehrmaterial und die Ausbildung der Ethiklehrer und –lehrerinnen zu wünschen übrig lässt. Ich kann das im Einzelnen nicht beurteilen. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass der Unterricht nach den drei Jahren, in denen er jetzt stattfindet, verbessert werden kann.

**Es wird mit der Wahlfreiheit geworben. Ist das nicht wie die Wahlfreiheit zwischen Mathematik und Integralrechnung?**

F.S.: Ich finde den propagandistischen Missbrauch des Begriffes „Freiheit“ ausgesprochen peinlich. Er ist zudem irreführend, weil ja auch weiterhin jedes Kind und jeder Jugendliche zusätzlich zu Ethik am Religionsunterricht teilnehmen kann. Ob sie das tun werden, ist eine andere Frage und hängt von der Attraktivität des Religionsunterrichtes und den sonstigen Interessen der Jugendlichen ab. Christliche Kinder und Jugendliche werden überdies ja auch in ihren Gemeinden an der Christenlehre, am Konfirmations- oder Firmunterricht teilnehmen und sich in der Jungen Gemeinde engagieren.

**Mit „Christen pro Ethik“ ist jetzt eine Initiative von Christen entstanden, die aufrufen, gegen das Volksbegehren zu stimmen.**

F.S.: Wir sind ein buntes Spektrum von Christen unterschiedlicher Konfession. Wir haben einen Aufruf zum Volksentscheid formuliert, in dem wir den gemeinsamen verbindlichen Ethikunterricht als Chance für Integration und Dialog begrüßen, weil Kinder und Jugendliche sich dort mit den anderen über ihre verschiedenen Wertvorstellungen, Überzeugungen und Ziele austauschen können und nicht nur über die anderen informieren.

Wir wehren uns gegen eine weitere Aufteilung der Kinder und Jugendlichen in weltanschauliche, ethnische oder soziale Gruppen. Wir befürworten die Kooperation zwischen Ethik- und Religionsunterricht bei Beibehaltung des Ethikunterrichtes für alle Schüler und Schülerinnen.

**Vielen Dank für das Gespräch**

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Initiative: [www.christen-pro-ethik.de](http://www.christen-pro-ethik.de)



# Europa und die Freiheit – Gedanken zu den Europawahlen 09

„Wessen Morgen ist der Morgen, wessen Welt ist die Welt?“



*Helmut Scholz, Mitglied im Parteivorstand der Europäischen Linken ist Kandidat für das Europaparlament.*

In einer Zeit, als sich die EU und ihre 27 Mitgliedsstaaten noch um einen Verfassungsvertrag mühten, 2003, hielt Angela Merkel, CDU-Vorsitzende, eine Rede über die Zukunft Deutschlands. Darin erklärte sie, dass der – selbstredend christliche – Gottesbezug in der zukünftigen europäischen Verfassung verankert sein müsse. Diese kulturelle Fehlleistung auf dem Wege zur Bundeskanzlerin war die Fortsetzung von Huntigtons Kampf der Kulturen mit europäischen Mitteln. Die Bedeutung der christlichen Religion in der europäischen Kultur ist immens. Doch eine Wertedebatte um Europa hat andere Dimensionen. Sie beginnt nicht mit Kaiser Augustus' Anerkennung einer Sekte als Staatsreligion. Nein, viele Jahrhunderte war der Griechen Götterhimmel prägend. Und später waren immer mehrere Religionen in Europa zu Hause. Aus der Krise der hellenischen Mythologie entsprang überdies nicht nur das Christentum, sondern eben auch die europäische Philosophie, der Ursprung im Widerspruch, im Unbestimmten oder in den Atomen. All dies hat die Aufklärung des 18. Jahrhunderts tief beeinflusst.

Eine unaufgeforderte Antwort auf Frau Merkels dürftige Begründung, die Türkei aus Beitrittsverhandlungen herauszuhalten, gab Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk zwei Jahre später. Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels betonte er: „In all den Romanen, die ich in meiner Jugend las, wur-

de Europa nicht über das Christentum definiert, sondern vielmehr über den Individualismus. Europa wurde mir auf attraktive Weise durch Romanhelden vermittelt, die um ihre Freiheit kämpfen und sich verwirklichen wollen.“ Gerade um endlich ein Leben in Frieden und Selbstbestimmtheit zu führen.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität - die Werte der Aufklärung sind und bleiben der entscheidende Bezugspunkt europäischer Identität. 2009 – dem Jahr der Europawahlen am 7. Juni – ist herauszustellen: Die Freiheit der Märkte wird seit drei Jahrzehnten zur Lichtgestalt des gegenwärtigen gesamten politischen Wertekanons ernannt. Mit großem Eifer hat sie den Zusammenhang zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität in eine seltsame und falsche Rangfolge verkehrt. Vergeblich sucht man verbindliche Sozialstaatlichkeit bei den Werten der Europäischen Union, schaut man in den Vertragsentwurf von Lissabon. Politische Freiheit und Demokratie sind ohne Gleichheit und Solidarität spürbar in Gefahr. Wie akut - das zeigt sich gerade jetzt in der Wirtschafts- und Finanzkrise für viele und immer mehr Menschen. Rettungsschirme für Banken ohne Schutzschirme für die Beschäftigten oder gar Arbeitslose. In Deutschland wie überall in Europa. Diese von Profitgier ausgelöste akute Bedrohung europäischer Identität wird mit der aktuellen Krise von Tag zu Tag deutlicher. Und Rechtspopulismus und Rechtsextremis-

mus schicken sich an, daraus für ihren Unwertekanon Unterstützung zu ziehen. „Zur Wahl stehen auf der einen Seite schriftstellerische Phantasie und auf der anderen Seite bücherverbrennender Nationalismus.“, spitzt Pamuk in derselben Rede zu und verdeutlicht, welche dunklen Horizonte verkürzte Wertedebatten auf eine Religion oder einen Teil der Motive der Aufklärung aufrufen.

Klären wir also, wessen Freiheit wir in Europa meinen, wenn wir Freiheit berechtigt hochhalten. Die Freiheit der das 7-torige Theben Erbauenden, oder anders, auch mit Brecht, all jener, die (erneut) berechtigt die entscheidene soziale Frage stellen: wessen Morgen ist der Morgen, wessen Welt ist die Welt? Stellen wir sie in den Kontext europäischer Geschichte, so stößt man auf ein Element, auf das uns der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin gern aufmerksam macht. Er hält im schwer bestimmbaren „europäischen Traum“ Kooperation und Vielfalt für die zentrale kulturelle Erfahrung. Hingegen erklärt er Wettbewerb und Assimilation für die Substanz eines amerikanischen Traums, der neuen Herausforderungen nicht mehr gewachsen ist. Das ist ein Diskussionsangebot, das wir in Europa Lebende nicht ausschlagen sollten.

Das Europawahlprogramm der LINKEN beginnt mit diesem Freiheitsgedanken der Kooperation: „Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Würde selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit...“. Ich bin überzeugt, mit diesem geschichtlich fundierten Ansatz können politische Alternativen in Europa gestaltet werden. DIE LINKE ist bereit, daran mitzutun.

*Helmut Scholz  
Mitglied des Parteivorstandes*

## Bezirksverordnete fragen nach

### Schulhort

Die Übertragung eines Schulhortes an einen freien Träger liegt in Eigenverantwortung der Schule, erfuhrt Philipp Wohlfeil (DIE LINKE), dem es um das Beispiel der Heide-Grundschule in Adlershof ging. Zwischen Schule und Träger würde ein Kooperationsvertrag abgeschlossen, auf dessen Grundlage das Bezirksamt die Finanzierung über drei Jahre garantiert. Die Bewertung der Arbeit des freien Trägers werde allerdings von der Schulaufsicht vorgenommen, informierte Bezirksrat Dirk Retzlaff.

### Ganztagsbetreuung

Welche Ganztagsbetreuungen insbesondere in sozial schwachen Regionen vorgesehen seien, wollte Artur Fütterer (CDU) wissen. Stadtrat Retzlaff erklärte, dass sich der Bezirk, wie im Schulentwicklungsplan festgeschrieben, dafür einsetze, das gebundene Ganztagsangebot auf weitere Schulen auszudehnen. Bisher gebe es aber noch keine konkreten Planungen für Standorte, auch hätten keine Schulen Interesse bekundet. Unabhängig davon bekommen Schulen Finanzmittel für Arbeitsgemeinschaften.

# „Für mich ist der Sozialismus noch nicht gescheitert“

Der Treptower Wissenschaftler Ernst Engelberg wird 100 Jahre.

Foto: Helga Pett



Waltraut und Prof. Ernst Engelberg mit Buch „Die Deutschen – Woher sie kommen“, das anlässlich seines 100. Geburtstages im Dietz Verlag erschien. Es enthält verstreut Publiziertes und Unveröffentlichtes aus seinem umfassenden Schaffen.

Er gilt als einer der in Ost und West angesehensten deutschen Historiker. Der Hochschullehrer und Präsident der Deutschen Historiker Gesellschaft der DDR gelangte aber vor allem nach zwanzigjähriger Forschungstätigkeit über Bismarck mit einer zweibändigen Biographie des umstrittenen deutschen Politikers auch zu internationalem Ruf.

Seit fast 80 Jahren politischen Engagements in KPD, SED und PDS ist er heute noch Mitglied der Linkspartei. Er hat das

Kaiserreich und Zuchthaus in der Nazi-diktatur, Emigration in der Schweiz und in der Türkei erlebt und erhielt noch 1989 in der DDR den Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“.

In einem Interviewband, veröffentlicht 1993 unter dem Titel „Was vom Träumen übrigblieb, eine Bilanz der sozialistischen Utopie“, erklärt er: „Ich bin in der PDS und würde es als unanständig ansehen, jetzt aus einer Organisation auszutreten, die sich bemüht, aus den Fehlern der

Vergangenheit zu lernen, und die – vielleicht gerade deswegen – verfolgt wird. In schweren Zeiten verlässt man eine Partei nicht. Ich kann die Leute nicht verstehen, die jetzt nur mit Verbitterung zurückblicken und sagen, die ganzen vierzig Jahre seien ein verlorenes Leben gewesen. Diese Empfindung kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Nicht allein, dass ich einiges in dieser Zeit erforscht und erarbeitet habe, was vielleicht bleibt, sondern auch, weil ich jungen Menschen etwas dabei vermitteln konnte, was vielleicht weiterwirkt.

Ich bin ein Hinterbliebener der DDR, aber kein Hinterbliebener des Sozialismus. Ich kann nur feststellen, dass die Alternative, die man angestrebt hat und an der man zunehmend Zweifel bekam, gescheitert ist, aber es ist eben nur eine der möglichen Alternativen. Damit ist für mich der Sozialismus noch nicht gescheitert, der eben noch keine echte Verwirklichung fand. Vor allem ist die marxistische Analyse nicht gescheitert; denn was sich jetzt vollzieht, das bestätigt ja in geradezu klassischer Weise die Marxsche Analyse der Kapitaldynamik. Wir erleben eine beinahe lehrbuchhafte Bestätigung des Klassenkampfes, und zwar im Ökonomischen und Politischen wie im Ideologischen.“

**Professor Engelbert vollendet am 5. April sein 100. Lebensjahr. Wir gratulieren.**

Helga Pett

## Meine Meinung zu „Pro Reli“

„Von Mensch zu Mensch Werte weitergeben“

Im April wird nun endlich darüber entschieden, ob in Zukunft an den Berliner Schulen Religion oder Ethik als Wahlpflichtfach gelehrt wird, das heißt, jeder Schüler entscheidet selber darüber, welches der beiden Fächer er in seinen Stundenplan aufnimmt. Für mich ein unverständliches Szenario, da ich der Meinung bin, dass der Staat an seinen Schulen festzulegen hat, welche Fächer gelehrt werden. Privatschulen sind davon ausgenommen.

Ich selbst habe 20 Jahre als Erzieherin gearbeitet, bin christlich erzogen worden und halte mich auch heute noch an vier der zehn Gebote. Sie sind die Grundlage meines Lebens: Du sollst nicht stehlen, du sollst nicht töten, du sollst nicht ehebrechen, du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten (heute

heißt das mobben). Wenn sich also jeder nur an diese vier Gebote halten würde, dann würden wir besser leben auf unserer Erde. Aber das allein macht nicht die Religion aus. Es geht um Deutung und Rechtfertigung eines Glaubens.

Laut Brockhaus: „Religion (lat.) – das Ergriffenwerden von der Wirklichkeit des Heiligen...“. Religion zu leben und zu lehren ist eine Privatsache. Das Elternhaus ist für die Vermittlung dieser Werte verantwortlich. Kinder können in ihrer Freizeit die Grundlagen ihrer Religion erlernen und brauchen dazu nicht die Schule.

Da wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben, gibt es natürlich auch Kinder mit vielen verschiedenen Religionen in einem Klassenverband. Das würde bedeuten, dass am Tag des Religionsunter-

richts diese Klasse auseinander gerissen wird, weil jedes Kind an einem anderen Ort innerhalb der Schule seiner Religion entsprechend unterrichtet wird.

Und jetzt kommt das Wichtigste: die Ethik. Wir brauchen ein Unterrichtsfach, das den Kindern Werte vermittelt, die in der Gemeinschaft, also dem Klassenverband gemeinsam erlernt und erlebt werden. Es ist heute leider so, dass die Vermittlung von Werten eine Talfahrt erlebt. Das „technische Universum“ (Computer usw.) kann diese Vermittlung nicht übernehmen. Von Mensch zu Mensch müssen diese Werte weitergegeben werden. Wir müssen mit Hilfe der Schulen eine Grundlage schaffen, dass sich die Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen respektieren, dass sie sich achten und gemeinsam etwas tun. Für uns alle, für die Menschengemeinschaft und unsere Umwelt.

Ingrid Zweiniger

# Ein Plan für Handel und Versorgung?

## Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes

Wie oft musste sich die LINKE in der BVV anhören: „ihren Stadtrat für Handel und Versorgung gibt es nicht mehr“. Nur, weil wir Bürgerproteste ob fehlender oder Wildwuchs von Einkaufseinrichtungen zur Sprache brachten. Der „Markt“ würde alles richten. Waren es unsere wirtschaftspolitischen Forderungen oder doch eine sich endlich durchsetzende Einsicht, dass es ganz ohne Planung nicht geht? Sei's drum, inzwischen liegt die Fortschreibung des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes für den Bezirk Treptow-Köpenick vor. Darin sind folgende zentrale Feststellungen zu lesen:

Die Kaufkraft im Bezirk ist gestiegen und verlangt nach mehr Handelsfläche. Aber nur 85% der Kaufkraft bleiben im Bezirk, trotz Wanderungszuwächsen und Touristen. Also müssen neue Einkaufstempel her. Das hat auch der Markt in Gestalt diverser Discounter und Baumärkte entdeckt. Ein erbittertes Ringen um Verkaufstandorte, Baugenehmigungen und Flächenverwertung setzt ein. Um wenigstens ein bisschen Ordnung in den entfesselten Markt zu bringen, wurde die Fortschreibung des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes betrieben. Eine stadtplanerische Fleißarbeit mit der Erfassung und Zuordnung der Einkaufseinrichtungen, der Erkundung der Verkehrsbeziehungen, von Verkaufsgewohnheiten und Streulagen.

In sechs Kategorien wurde das gelenkte Einkaufen geordnet: das Hauptzentrum Bahnhofstraße (allerdings mit rückläufigen Umsatzergebnissen), das Stadtteilzentrum Schöneweide (mit einer enormen Entwicklung) sowie mehrere Ortsteilzentren, Nahversorgungszentren, Streulagen und „Fachmarkttagglomerationen“ (Ballungsräume). Alle erfasst mit ihren derzeitigen Verkaufsflächen und Entwicklungsperspektiven, allerdings auch mit der Feststellung, dass einzelne Ortsteile keine weiteren Einrichtungen vertragen und Genehmigungen neuer Standorte die bestehenden Strukturen gefährden.

Und genau hier stößt die sachliche Planung im System des freien Wettbewerbs an ihre Grenzen. Wird ein Ortsteil als Zentrum ohne Möglichkeit der Kapazitätsausweitung deklariert, haben die bestehenden Verkaufskonzerne Bestandsschutz ohne Konkurrenz oder verdrängen kleinere Anbieter.

Ein weiteres Problem: Die Konzentration auf die Zentren richtet sich gegen Streulagen. Diese sind aber vielfach die fußläufig erreichbaren Standorte, die gerade von älteren Bürgerinnen und Bürgern und solchen ohne Auto nachgefragt werden. Also wird das Konzept bei der Umsetzung auch die Verkaufsgewohnheiten beeinflussen. Konzentration auf die Zentren bedeutet auch die Gefahr immer größerer Verkaufseinrichtungen und steigender Mieten für Geschäfte und damit Verdrängungswettbewerb. Hier gilt es, die Entwicklung zu beeinflussen.

Problematisch bei dem an sich logischen Konzept ist auch, dass menschliche Be-

dürfnisse und Gewohnheiten, aber auch Wünsche und Sorgen, in Quadratmeter Verkaufsfläche umgerechnet werden, die dann den Verkaufskonzernen zur Ausfüllung zur Verfügung stehen und als Qualitätsregulator wieder der „Markt“ herhalten soll. Dies zu Ende gedacht, fordert dann wieder den Stadtrat für Handel und Versorgung und den sollten wir uns ja als Relikt vergangener Zeiten abschminken. Doch die Diskussion über die Qualität und Quantität der Versorgungseinrichtungen sollten wir dennoch führen, dafür stehen Interessierten in der Geschäftsstelle DIE LINKE, Allendewege 1, die Ortsteilanalysen zur Verfügung.

Die Linksfraktion freut sich auf Anregungen für die weitere Begleitung dieses Konzepts.

*Ernst Welters, Mitglied im Ausschuss Stadtplanung und Verkehr*

## Besser spät als nie

### Kommentar zum Einzelhandelskonzept

In all den Jahren hab ich in der BVV schon viele Gutachten und Konzepte kommen und (ver)gehen sehen. Alle schön zu lesen, schön teuer und wenig nützlich. Auf unseren Antrag, ein Konzept bezirklicher Wirtschaftsförderung unter Beachtung der vielen bisherigen Gutachten und Konzepte zu erstellen, reagierte die Verwaltung säuerlich. Wahrscheinlich weiß keiner, wo die Dinge alle abgeblieben sind. Umso erfreulicher finde ich, dass das Zentren- und Einzelhandelskonzept von 2004 nicht den Weg alles Irdischen gegangen ist, sondern fortgeschrieben und konkretisiert wurde und derzeit in der Diskussion ist. Es soll diesmal eine verbindliche Entscheidungsgrundlage für die bezirkliche Verwaltung darstellen. Das wird auch Zeit. Schon die schwerfällige Entwicklung der Köpenicker Altstadt zeigt, wie wichtig es ist, nicht alles den „Selbsteilungskräften des Marktes“ zu überlassen. Der heilt nämlich gar nichts, sondern hinterlässt Wunden. Nicht nur im globalen Finanzsystem, sondern auch im bezirklichen Stadtbild. Eine vernünftige Ansiedlungspolitik kann das zwar nicht verhindern, aber dennoch einschränken.

In einem Flächenbezirk wie Treptow-Köpenick ist das nicht einfach. Einerseits fühlen wir uns der Lokalen Agenda 21 verpflichtet, wollen eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung, um die historisch

gewachsenen Ortsteilstrukturen zu erhalten. Andererseits braucht der Einzelhandel bestimmte Antriebskräfte wie zum Beispiel Kaufkraft. Das passt leider nicht immer mit bestehenden Lücken bei der wohnungsnahen Versorgung zusammen, wie die Menschen im Allendeviertel II und manchem Ortsteil bereits leidvoll erfahren mussten. Es macht auch Sinn, mehrere Einrichtungen an einem Standort anzusiedeln, für die Betreiber ebenso wie für die Nutzer. Inwieweit sich Einzelhandel außerhalb der definierten Zentren ansiedeln und vor allem halten kann, wird allerdings wirklich der „Markt“ richten. Ohne jeglichen Konkurrenzschutz wird sich immer der Stärkere durchsetzen

Mit dem Zentrenkonzept erfüllt sich eine Forderung aus unseren Wahlprogrammen in Treptow-Köpenick. Spät, aber nicht zu spät. In ein paar Jahren wird es überarbeitet werden müssen. Dann hat das reale Leben wieder seine Spuren hinterlassen. Vielleicht auch am S-Bahnhof Köpenick, damit das Hauptzentrum nicht auf einer Seite des Bahnhofs aufhört, sondern auch nördlich der Bahnlinie ausstrahlt. Die Baumarktansiedlung an der Ecke Friedrichshagener Strasse wurde im Konzept doch auch passend gemacht.

*Petra Reichardt  
Wirtschaftspolitische Sprecherin der  
Linksfraktion in der BVV*



# Mellow-Park Zukunft gesichert

Der Mellow-Park wird auch über 2009 hinaus in Treptow-Köpenick bleiben. Das ist das zentrale Ergebnis einer Gesprächsrunde am 16. März im Berliner Abgeordnetenhaus.

An diesem Gespräch nahmen neben Jens Werner vom Betreiberverein „All Eins e.V.“ teil: Der Bundestagsabgeordnete Dr. Gregor Gysi (LINKE), Uwe Doering, Parlamentarischer Geschäftsführer im Abgeordnetenhaus (LINKE), Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler, Kajo Wasserhövel (SPD), Dirk Retzlaff (Bezirksstadtrat Treptow-Köpenick) sowie weitere Abgeordnete



von SPD, Grünen und CDU. In diesem Gespräch wurde geklärt: Das vom All Eins e.V. bevorzugte Gelände an der Wuhlheide 250 wird als zukünftiger Standort des Mellowparks zur Verfügung gestellt werden können. Das Berliner Abgeordnetenhaus wird einer Veräußerung der Fläche an einen Investor nicht zustimmen und

will die Sportbindung der Fläche erhalten. Damit bleibt das Grundstück beim Bezirk Treptow-Köpenick. In den kommenden Wochen werden die weiteren Verfahrensschritte zwischen dem Bezirksamt und dem All Eins e.V. geklärt. Damit ist für ein wichtiges Jugendprojekt in Treptow-Köpenick die Zukunft im Bezirk gesichert.

Foto: Archiv



## Über den Unterschied

Dr. Jens-Peter Heuer blickt aus dem Fenster seines Amtes

Als Kreisvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der PDS Treptow rief Jens-Peter Heuer Anfang der 90er Jahre das „blättchen“ ins Leben und leitete es für 100 Ausgaben. Später wurde er Stadtrat in Mitte und schrieb regelmäßig seinen „Blick aus dem Amt“ für die Bezirkszeitung „Mittendrin“. Seit einem Jahr ist er Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und griff jetzt wieder zur Feder (oder zur Computertastatur) für ein paar persönliche Bemerkungen:

Immer wieder einmal trifft man auf alte Bekannte aus Mitte oder aus Treptow. Und die erste Frage ist (fast) immer dieselbe: „Und wie ist es so als Staatssekretär?“ Meine Antwort fällt verschieden aus, und sie hängt auch davon ab, ob Zeit ist für ein paar Sätze mehr – und ob ich dem oder der Fragenden tatsächliches Interes-

se zutraue. Manchmal sag' ich dann nur, dass es nicht besser und nicht schlechter ist, denn als Stadtrat in Mitte – nur ganz anders. Manchmal erzähle ich von der deutlich höheren Fremdbestimmtheit meines Arbeitstages – durch das Landesparlament und meinen Senator, durch Terminanforderungen und Fahrzeiten quer durch die Stadt. Ich ernte dann meistens verständnisvolles und von Zeit zu Zeit bedauerndes Kopfschütteln – und dann hastet man weiter.

Ganz selten einmal habe ich die Chance (und das Bedürfnis), den Unterschied zwischen dem Amt in Mitte und dem in der Regierung wirklich zu beschreiben. Und ich will schnell zugeben, dass er mir auch erst nach einem knappen Jahr wirklich klar geworden ist.

Das hängt mit der ersten wirklichen Pause – rund um Weihnachten – nach elf Mona-

ten angespannter Einarbeitung zusammen. Und mit einem Geschenk. Meine Liebste hat mir zum frohen Fest ein kleines Buch geschenkt. Darin waren (fast) all jene Blicke aus dem Amt versammelt, die ich in den vergangenen zehn Jahren für die Mittendrin geschrieben habe. In den Tagen um den Jahreswechsel habe ich ihr – und mir – viele davon vorgelesen: Geschichten von Alltäglichem und Bemerkenswertem in unserem Bezirk, in meiner Arbeit. Mir ist das Herze groß geworden und schwer manchmal beim (Nach)lesen, beim Remembern. Und mir ist klar geworden, wie sehr ich an dieser Arbeit gehangen habe, an ihren Herausforderungen und Ansprüchen, an ihren Erfolgen und Niederlagen.

Das war schön oft und strapazierend auch, das war verzehrend und von Zeit zu Zeit verheerend.

Die neue Arbeit ist auch anstrengend und spannend, manchmal. Ich sitze viele Stunden mit vielen klugen Köpfen, lerne viel, entscheide, bewege wohl auch. Die Dimensionen sind größer, häufig geht es um viele Millionen. Papiere bündeln sich und mich. Termine werden im Stundentakt sortiert, oft bleibt nur die Fahrt dazwischen zum Ausspeichern und Umstellen. Die Post landet häufig auf dem Tisch daheim. Ich bemühe mich, kühl zu bleiben in heißen Diskussionen, abzuwägen und nachzudenken. Das Parkett ist glatt. Häufig scheint es wichtiger, nichts falsch zu machen. Das Herz kann (und muss oftmals) draußen bleiben. Das ist vielleicht gut für das Herz, aber das ist auch der Unterschied.



## Fritz Lesch – ein sportlich engagierter Antifaschist

Die Fritz-Lesch-Sportanlage in Adlershof

**Truppen des künftigen faschistischen Diktators Francisco Franco marschierten am 28. März vor 70 Jahren kampflos in Madrid ein. Damit wurde das Ende des 20 Monate lang das Land erschütternden Spanischen Bürgerkriegs besiegelt. An diesen Kämpfen beteiligte sich der Arbeitersportler Fritz Lesch aus Berlin, im Frühjahr 1937 in den Kämpfen des Bürgerkriegs auf Seiten der Verteidiger der Republik der Volksfront gefallen, auf Seiten zu Hilfe geeilter Interbrigadisten. Nach ihm ist die Fritz-Lesch-Sportanlage an der Dörpfeldstraße 89 in Adlershof benannt.**

Fritz Lesch wurde am 16. März 1898 geboren. Über den Geburtsort gibt es unterschiedliche Angaben. Bereits während seiner Schulzeit war er ein leidenschaftlicher Sportler. Vor allem Schwimmen und Turmspringen hatten es ihm angetan. So kam er in den Arbeiter-Schwimm-Verein „Vorwärts Berlin 1897“. Nach einer Lehre als Rohrleger wurde er zur kaiserlichen Kriegsmarine eingezogen, wo man ihn zum Maschinisten ausbildete und zum Krieg einzog.

1918 gehörte Lesch zu den meuternden Kieler Matrosen. Bald schloss er sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der KPD an.

Inzwischen als Sportlehrer tätig, engagierte er sich in der Arbeitersportbewegung, verzeichnete aber auch eigene sportliche Erfolge wie 1921 beim 1. Neuköllner Stadionfest den Sieg im Kunstspringen.

Am 7. Juni 1919 hatten Frieda Neubauer und Fritz Lesch sich das Ja-Wort gegeben. Die Leschs wohnten bis 1933 in der Baut-

zener Straße 7 in Tempelhof. Überdies war Fritz Lesch unstrittig antifaschistisch eingestellt. Als Hitlerdeutschland den Zuschlag für die Olympischen Spiele 1936 erhielt, gehörte er, der 1934 emigriert war, einem sich im Ausland bildenden Komitee gegen das Abhalten dieser Spiele an. Da es dem IOC nicht gelang, die Durchführung in Hitlerdeutschland zu verhindern, wurde eine antifaschistisch-sportliche Gegenveranstaltung für Barcelona geplant. Fritz Lesch fuhr dorthin, um sie mit vorzubereiten. Die Realisierung wurde aber auf Grund des Putsches der Truppen um Franco gegen Volksfront-Spanien ab dem 17. Juli 1936 unmöglich. Nun brachte Lesch sein berufliches Können innerhalb einer im Kampfgeschehen eingesetzten Einheit der Verteidiger mit einfachen, ab 1937 gepanzerten, Fahrzeugen ein. Offenbar auch im Reparaturbereich tätig, hatte Lesch vergleichbar dem von Ronald Sassning porträtierten Erwin Panndorf gewirkt.

Wie sich Interbrigadist Georg Klein später erinnerte, habe sein Zug Mitte Januar 1937 im Campo Real vor Madrid Stellung bezogen. Während eines Rückzugs von der Frontstellung „griffen feindliche Panzer die Gruppe um Genossen Fritz Lesch an“. Fritz Lesch und ein Interbrigadist aus Leipzig, der als Ladeschütze eingesetzt war, seien dabei tödlich verletzt worden. Teils wird dies auf den 12. Februar 1937 datiert.

In der DDR wurde die Würdigung Fritz Leschs auch mittels eines Gedenkfindlings sichtbar gemacht; seit ca. 10 Jahren existiert dieser aber nicht mehr auf dem Gelände der Anlage.

*Fred Bruder*

## Argumentations-training gegen soziale Demagogie von Rechts

Mittwoch, 8. April 2009  
von 10:00 bis 15:30 Uhr

Die Begegnung mit rassistischen Äußerungen ist oft beinahe alltäglich: Da werden am Arbeitsplatz, in der Kneipe oder an der Supermarktkasse „die Ausländer“ für die Arbeitsplatzmisere verantwortlich gemacht; in der Schule oder den Jugendfreizeiteinrichtungen rassistische Beleidigungen gegen die „faulen Sozialschmarotzer“ geäußert. So rechthaberisch und zugespitzt diese Sprüche und Stammtischparolen daher kommen, so schwer fällt es oft, dem zu widersprechen.

Mit dem Argumentationstraining sollen all jene unterstützt werden, die die alltagsrassistische Entwicklung in ihrem beruflichen und privaten Umfeld wahrnehmen und etwas dagegen unternehmen wollen. Übungen zur Körpersprache und Stimme unterstützen und verstärken die eigene Position und Durchsetzungsfähigkeit. Die Teilnehmenden werden mit dem Ansatz des „subversiven Argumentierens“ vertraut gemacht, eine Methode, welche die Position des Gegenübers durch gezieltes Nachfragen erschüttern und verunsichern soll.

Das Argumentationstraining informiert außerdem über die „soziale“ Ideologie und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.

*Anmeldung erforderlich bei:  
Zentrum für Demokratie  
Trepow-Köpenick  
Sterndamm 102, 12487 Berlin,  
Tel./FAX: 030 - 654 87 293  
www.zentrum-für-demokratie.de*

### Ernst Schneller-Büste

Die BVV-Fraktion DIE LINKE regte an, die in den 90er Jahren von ihrem Standort vor dem ehemaligen Kulturhaus in der Flutstraße entfernte Büste von Ernst Schneller an einem geeigneten neuen Standort in Niederschöneweide wieder aufzustellen. 2009 jährt sich zum 65. Male die Ermordung Schnellers und 2010 steht sein 120. Geburtstag bevor. Zwei geeignete Termine, der Büste des Antifaschisten wieder einen angemessenen Platz zu geben.



# Europa im Herzen – Ganz persönliche Geschichten

## Wettbewerb um die besten Beiträge aus europäischen Ländern

**Im Juni dieses Jahres werden wir an die Wahlurnen zur Wahl des Europaparlaments gerufen. Doch was hat Europa eigentlich mit Treptow-Köpenick zu tun? Ein interessantes Projekt wollen wir hier vorstellen.**

Anfang des Jahres startete ein Europaprojekt „European memories“ - Europäische Erinnerungen -, bei dem Bürger aller europäischen Länder aufgerufen sind, sich bis zum Jahr 2010 an einem Wettstreit um die schönsten Geschichten zu beteiligen.

Gefühl für das Leben in einem gemeinsamen Europa zu wecken. Die Organisatoren hoffen, bis Ende 2010 mindestens 500 Menschen für eine Teilnahme zu gewinnen.

Als Themen für den Wettbewerb der persönlichen Aufzeichnungen über ein zukünftiges Europa der Zusammengehörigkeit werden drei unterschiedliche Aspekte benannt. Jeder Teilnehmer kann drei Beiträge einreichen, jeweils aus einem Gebiet.

schiedliche Erzählformen zum Ausdruck bringen, dass jedes Land, jede Kultur eigene Traditionen und Bräuche pflegt, die zum Teil heute noch tief verwurzelt sind. Ein imaginärer Brieffreund soll nun erfahren, welche traditionellen Überlieferungen, Tänze, Lieder und Bräuche in der Familie oder dem Lebensumfeld des Schreibers noch lebendig sind. Drittens geht es darum, über „gesellschaftliches Engagement und Erfahrungen bei den Veränderungen in Europa“ zu schreiben. Das betrifft unter anderem Menschenrechte, Arbeit, Solidarität, Minderheiten, Bildung, Justiz, Frieden, Obdachlosigkeit oder den interkulturellen, religiösen und politischen Dialog. Dabei sollten auch Enttäuschungen nicht ausgelassen werden, wenn Hoffnungen und erwünschte Ergebnisse sich nicht einstellen.

In Kürze wird sich das Projekt auf einer Europaseite im Internet präsentieren, sagte Karin Manke. Die besten Geschichten sollen in alle Sprachen der Teilnehmerländer übersetzt und veröffentlicht werden.

Wie die Leiterin des Treptower Erinnerungsarchivs, die sich durch die Europa-Projekte bereits seit einigen Jahren mit ähnlichen Archiven in anderen deutschen Städten vernetzt hat, noch hinzufügte, stapeln sich in ihren Räumen bereits viele noch ungelesene deutsche Beiträge. Deshalb sucht sie interessierte Bürger des Bezirks, ihr bei der Bewertung der Einsendungen zu helfen. Diese ehrenamtliche Tätigkeit setzt jedoch voraus, dass man Interesse daran hat, in die vielen Facetten der Erlebniswelt eines anderen Menschen einzutauchen.

**Karin Manke ist im Heimatmuseum Treptow unter Tel. 90297 5653, per E-Mail: ta\_er\_ar@yahoo.de oder Fax 90297 5630 zu erreichen.**

Helga Pett

Foto: Archiv Manke



*Ausflug während eines Treffens von Vertretern aus Italien, Spanien, Deutschland und Belgien im spanischen Rocca del Valles.*

Zu den Initiatoren gehört Deutschland, vertreten durch Karin Manke, Leiterin des dem Heimatmuseum Treptow angegliederte Tagebuch- und Erinnerungsarchivs im Johannisthaler Rathaus. An dem Vorhaben, dem schon mehrere europäische Schreibprojekte vorausgegangen sind, beteiligen sich jeweils mindestens sieben europäische Staaten. Bei dem jüngst in Barcelona stattgefundenen Treffen der daran interessierten Institutionen, wie zum Beispiel Universitäten, Volkshochschulen, Tagebucharchive, waren Vertreter aus Portugal, Bulgarien, Italien, Dänemark, Katalonien und Deutschland anwesend. An einem zweiten ähnlichen Projekt nehmen noch Slowenien, Spanien und England teil. Ziel des Wettbewerbs soll sein, durch das Erzählen ganz persönlicher Geschichten europäischer Bürger in Wort, Bild oder mit der Filmkamera, Menschen einander näher zu bringen und ein

Bei „Europa im Herzen“ geht es um Momente im Leben, wo sich der Schreibende ganz bewusst als zugehörig zu Europa gefühlt hat, sei es auf Reisen, bei privaten oder öffentlichen Veranstaltungen. „Einheit in Vielfalt“ soll durch unter-

### kurz notiert – kurz notiert

#### Zugang zum Ratskeller

Der Köpenicker Ratskeller wird noch in diesem Jahr einen behindertengerechten Zugang erhalten. Der Einbau eines Speziallifts würde voraussichtlich Mitte des Jahres beginnen und drei Monate dauern, informierte Bezirksstadtrat Michael Schneider. Die finanziellen Mittel stünden zur Verfügung, Denkmalschutz und Schließzeiten spielten jedoch ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Planung.

#### Tempo 30 abgelehnt

Im Dorfkern Müggelheim und am Johannisthaler Segelfliegerdamm wird es keine Tempo 30-Zonen geben. Die zuständige Verkehrslenkung Berlin begründete die Ablehnung damit, dass die entsprechenden Beschlüsse der Bezirksverordneten nicht gerechtfertigt seien, da es sich sowohl auf dem Gosener Damm in Müggelheim als auch in Höhe des Sportplatzes Segelfliegerdamm nicht um Problemzonen handle.

**Gysi  
meint...**



## **Volksentscheid: Stimmen Sie mit NEIN und FÜR den Ethik-Unterricht**

Am 26. April findet ein Volksentscheid statt. Die Initiative „Pro Reli“ will wie ich, dass der Religionsunterricht so bleibt, wie er ist. Einen Großteil der Kinder will sie aber vom Ethikunterricht ausschließen. Kinder, die am Religionsunterricht teilnehmen, sollen künftig nicht mehr am Ethikunterricht beteiligt werden.

Der Berliner Senat hat mit der Einführung des Ethik-Unterrichts als Wahlpflichtfach den Herausforderungen einer modernen Großstadt Rechnung getragen. Alle Kinder ab der 7. Klasse lernen gemeinsam die verschiedenen Religionen, Philosophien und moralischen Grundwerte kennen. Der tolerante Umgang mit den unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen ist zu Recht ein wichtiges Angebot in einer Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Tradition und Kultur zusammen leben. Ginge es nach der Initiative „Pro Reli“, soll ein muslimisches Kind z.B. nur noch muslimischen und ein katholisches nur noch katholischen Religionsunterricht, und zwar getrennt voneinander haben. Ethikunterricht hätten nur noch nichtreligiöse Kinder. Entgegen der Darstellung von „Pro Reli“ hat dies mit Wahlfreiheit nichts zu tun.

Wenn Sie wie ich der Auffassung sind, dass die Kinder in Toleranz zueinander erzogen werden sollen, müssten auch Sie dafür eintreten, dass auch künftig alle Kinder am Ethikunterricht teilnehmen. Selbstverständlich können Kinder zusätzlich den Religionsunterricht wie bisher an den Schulen wahrnehmen. Er wurde und wird auch künftig von der Stadt bezahlt.

Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie zum Volksentscheid, stimmen Sie mit Nein und erhalten Sie dadurch nicht nur den Religionsunterricht wie seit Jahrzehnten, sondern auch den zusätzlichen wichtigen gemeinsamen Ethikunterricht für all unsere Kinder.



Foto: ND/Burkhard Lange

*Ein beliebtes Ausflugsziel, Rübezahl, am Müggelsee. Oft schon Station der ND-Wanderung. Doch wie wird das Gelände jetzt weiterentwickelt?*

## **Ausflugslokal oder Feriendorf?**

### **Ausbaupläne für die Gaststätte „Rübezahl“ am Müggelsee**

Zentrales Thema des Ausschusses für Umwelt, Grünflächen und Immobilienwirtschaft am 5. März, waren die bezirklichen Ausbaupläne für das beliebte Ausflugslokal an der Südseite des Großen Müggelsees. Grundlage war eine Vorlage des Bezirksamtes (BA). Konkret ging es dabei um die „Einleitung des Planaufstellungsverfahrens“.

Nach dem Papier werden durch das BA zwei Hauptnutzungen favorisiert: Die Weiternutzung der Gaststätte Rübezahl als Ausflugslokal und die Errichtung einer Ferienhausanlage mit 36 zweigeschossigen Ferienhäusern mit zugehörigen PKW-Stellplätzen. Um das gesamte Areal attraktiver zu gestalten ist außerdem die Errichtung einer Halle für Sport- und Spielaktivitäten vorgesehen. Da braucht es auch wieder Parkplätze, weshalb eine weitere Anlage für 66 Fahrzeuge vorgesehen ist, die – so der O-Ton der Vorlage des BA - „die öffentlichen Stellplätze am Müggelheimer Damm entlasten soll“.

Eine abgeschlossene Ferienhausanlage in diesem traditionellen Ausflugsgebiet? Das liegt wohl kaum im Interesse der Berlinerinnen und Berliner und ihrer Gäste. Auch

ein Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten in jeglicher Form rund um den Müggelsee ist nicht zu erkennen. Dieser Auffassung der Linksfraktionsvertreter im Ausschuss schlossen sich B'90/Grüne und die CDU an. Anders die SPD, weil die Klientel für Ferienhäuser – laut BA-Vorlage „Berlin-Touristen“ – eine andere sei als in den Hotels rund um den See, nämlich Familien mit Kindern. Außerdem dient das Vorhaben der ansonsten sehr angestrebten Förderung des Tourismus im Bezirk. Mehrheitliche Auffassung im Umweltausschuss (gegen die Stimmen der SPD): Ja zur Weiterentwicklung der Gaststätte Rübezahl, Ablehnung eines Feriendorfs und eines weiteren Parkplatzes auf dem Rübezahl-Areal.

Wie geht es nun weiter? Die Vorlage des Bezirksamtes war auch dem „Ausschuss für Kultur, Wirtschaftsförderung und Tourismus“ sowie – federführend – dem „Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr“ zur Beratung zugeleitet worden. Letzterer wartet nun auf die Ergebnisse der beiden mitberatenden Ausschüsse, setzt sich dann unter dem besonderen Aspekt „Stadtplanung“ mit dem Vorhaben auseinander und erarbeitet eine Beschlussempfehlung für das Bezirksamt. Diese wird dann in der BVV zur Abstimmung gestellt. Man darf gespannt sein.

Wir gehen davon aus, dass uns das Thema noch einige Zeit beschäftigen wird. Der Unmut „vor Ort“ ist jetzt schon groß. **Peter Leiß, Umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV**

### **Bürgersprechstunde**

**Gregor Gysi**

Bürgersprechstunden: **28.04.09** in der Zeit von **13.00 – 18.00 Uhr** im Wahlkreisbüro Brückenstraße 28.

**Anmeldung bitte unter (030) 63 22 43 57**  
Das Wahlkreisbüro ist in der Woche vom 6. – 10. April geschlossen.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 12

### Basistreffen der LINKEN

#### Treptow-Köpenick

Mo 6.4. 17:00 Rathaus Treptow

#### Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 14.4. 18:30 Allendeweg  
zusammen mit den Mitgliedern des  
Landesausschusses und den  
Delegierten des Bundesparteitages  
aus Treptow-Köpenick

Di 28.4. 18:30 Brückenstraße

### KONTAKT

#### Bezirksverband

##### Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: pds-koepenick@t-online.de

##### Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,  
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr  
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr  
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

##### Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41

##### Öffnungszeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

#### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

##### Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr  
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr  
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

#### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57, Fax (030) 63 22 43 58

##### Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr  
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

#### Achtung, Schließzeiten

In der Zeit vom 6.-14.4. bleibt die  
Geschäftsstelle im Allendeweg geschlos-  
sen. In der Zeit vom 6.-13.4. bleiben  
das Wahlkreisbüro und die Geschäfts-  
stelle in der Brückenstraße geschlossen.

#### Im April zum Geburtstag

101. Johanna Marmulla
100. Ernst Engelberg
94. Kurt Jämmerich
92. Franz Nisbeck
91. Georg Kulesa
90. Heinz Schirrmeister
85. Elfriede Kedor,  
Ingeborg Kämpfer,  
Erika Schmidt,  
Lothar Lehmann,  
Egon Werner

#### Aus der BVV-Fraktion:

##### Schulwegsicherheit in der Wassersportallee

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass durch geeignete Maßnahmen ein sicheres Überqueren der Wassersportallee für die Schülerinnen und Schüler der Schule in der Walchenseestraße ermöglicht wird. Die Anordnung einer Fußgängerampel sollte dabei vorrangig geprüft werden.

Viele Schülerinnen und Schüler der Schule in der Walchenseestraße müssen täglich die im Berufsverkehr stark befahrene Wassersportallee überqueren. Sie müssen hier den Straßenbahnverkehr und den Autoverkehr beachten. Durch die Umsetzung von geeigneten Querungshilfen (Fußgängerampel bzw. Fußgängerüberweg) würde die Verkehrssicherheit des Schulweges deutlich verbessert.

#### Öffentliche thematische Fraktionssitzung am

Mo. 6.4.09, 19.00 Uhr, Fraktionszimmer  
(Rathaus Treptow R. 205)  
zum Thema „Aktueller Stand zum  
Bürgerhaushalt im Bezirk“

#### Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter:

Empfänger: DIE LINKE LV Berlin, Konto:  
438 481 6800, BLZ: 100 200 00 Berliner  
Bank AG, Verwendung: 810-502 oder di-  
rekt in beiden Geschäftsstellen.

**Vielen Dank!**

80. Edith Friedrich,  
Erna Scharnhorst, Gerhard Behm,  
Konrad Liebig, Wolfgang Ruben,  
Lothar Stolze, Wilfried Stöhr
75. Ruth Herder, Rosemarie  
Kapsch, Magda Schmidt,  
Asta Steindorf, Helga Weidlich,  
Georg Haas, Anton Hiersche,  
Roland Witt
70. Ingeborg Adameck,  
Gerda Nicolai, Erika Tamkus,  
Klaus Walter

Die nächste Ausgabe des  
blättchen erscheint bereits  
am Do 30. April 09.

#### Spendenaufruf

Im August jährt sich der 10.Todestag der Antifaschistin Dora Schaul, die im französischen Exil in der Resistance unter Einsatz ihres Lebens eine sehr aktive Widerstandsarbeit gegen die deutschen Besatzer leistete.

Im Januar beschloss die BVV, eine Gedenktafel für diese tapfere Frau an ihrem letzten Wohnhaus in Baumschulenweg anzubringen. Damit dieses Vorhaben realisiert werden kann, sind noch Spenden erwünscht – bitte überweisen an ViVer e.V., Kontonummer 3040664117, BLZ 10020000 bei der Berliner Bank, Stichwort Dora Schaul.

*Hans Erxleben*

# Hilf mit!

Für den gesetzlichen Mindestlohn, gute Arbeit, gute Rente. Für Gesundheit, Bildungschancen und Frieden. Hilf mit für eine gerechte Politik. Mit Deinen Ideen, Deinem Engagement und Deiner Spende: [www.die-linke.de/spenden](http://www.die-linke.de/spenden)

## DIE LINKE.





## „Unerhört floral“

ist der Titel der Ausstellung mit Pastell- und Holzarbeiten von Helga Gerasch, die noch bis einschließlich 2. Mai in der Galerie Schmetterlingshorst zu sehen ist. Geöffnet Dienstag bis Freitag von 11.00 bis 16.00 Uhr sowie am Wochenende von 11.00 bis 17.00 Uhr.



### 1. Mai Nazifrei

1933, wenige Wochen nach der Machtergreifung, funktionierten die Nazis den Kampftag der Arbeiter, den 1. Mai, zum „Nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ um. In Berlin inszenierten sie ein gigantisches Massenspektakel. Bereits einen Tag später stürmten SA und SS die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die freien Gewerkschaften. Jetzt will die NPD ausgerechnet wieder am 1. Mai aufmarschieren, und diesmal

in Köpenick. Eine Maiveranstaltung planen sie am Mandrellaplatz, nahe ihrer Geschäftsstelle und nur wenige Meter von der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche entferne. Und dann wollen sie durch Köpenick demonstrieren. Unsere Antwort auf diese Provokation kann nur – gemeinsam mit den Gewerkschaften – lauten: In Köpenick und überall – 1. Mai nazifrei. (Siehe dazu auch nebenstehendes Plakat)

## TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE

### Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 11

- MO 6.4. 19:00** Thematische Fraktionssitzung zum Thema „Aktueller Stand zum Bürgerhaushalt im Bezirk“, Fraktionszimmer (RH Treptow R. 205)
- MO 8.4. 18:00** Vor 60 Jahren. Gründung der NATO – ein Pakt für den Frieden? Heinz Britsche antwortet, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstr. 275
- DI 14.4. 15:00** AG Seniorenpolitik beim BV der LINKEN Treptow-Köpenick Brückenstr.
- MI 15.4. 18:00** Israel-Palästina, Raketen und Bomben. Über Ursachen und Auswege aus der Krise spricht Harry Grünberg, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstr. 275
- DO 16.4. 16:00** Marx. Arbeitskreis: Die Kommunistische Internationale zwischen Euphorie, Leistungen und Fehlentwicklungen, mit Prof. Dr. Harald Neubert, Kieztreff Weißensee, Pistoriusstr.24
- 64. Jahrestag der Befreiung Gedenkundgebung auf dem Platz des 23. April Do 23. April, 17 Uhr**

- DI 28.4. 19:00** „Gregor Gysi vor Ort“: Bürgerforum zur Finanz- und Wirtschaftskrise in der Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße
- MI 29.4. 18:00** Barack Obama 100 Tage im Amt. Victor Grossmann und Oliver Händler ziehen eine erste Bilanz, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstr. 275

Woche der Partnerstädte vom **22.04.09** bis **26.04.09** in der Altstadt Köpenick „Der Bezirk Treptow-Köpenick präsentiert sich im Rahmen von „800 Jahre Köpenick“ als weltoffener und toleranter Bezirk, der vielfältige Beziehungen zu Städten und Gemeinden in Europa und darüber hinaus pflegt“. Dazu werden Vertreter/innen aller zehn aktiven Partnerstädte des Bezirkes eingeladen, um sich untereinander kennenzulernen, sich in einer Fachtagung über Chancen und Nutzen von Städtepartnerschaften auszutauschen und ihre jeweilige Stadt auf dem Winzerfest zu präsentieren.

### Politiker vor Ort

**„Altersarmut künftiger Rentner verhindern und Diskriminierung der Ostrentner vermeiden“**  
Bürgerversammlung in Friedrichshagen mit Volker Schneider, rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag  
**Mittwoch 22. April, 20 Uhr**  
Kino Union, Bölschestraße

### Terminvorschau:

**1. Mai 2009**  
**13-18 Uhr**, Kiezfete im Springbornklub Joahnisthal  
**13-18 Uhr**, Frauentag (Schlossplatz) Köpenick  
Gregor Gysi sowie Landes- und Bezirks- politiker vor Ort, Marktstände, Bühnenprogramme, gastronomische Versorgung

**8. Mai**, Tag der Befreiung  
17 Uhr Kundgebung des Bundes der Antifaschisten, Treptower Ehrenmal

**Termine für den blättchen-Kalender**  
bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: [petra.reichardt@die-linke-berlin.de](mailto:petra.reichardt@die-linke-berlin.de)